

Abo Interview mit Christoph Blocher

«Jetzt begreife ich die jahrelange Wut und tiefe Feindschaft mir gegenüber»

Der Unternehmer und SVP-Politiker zeigt sich überrascht über die Aussagen der Bundesräte, die durch die Veröffentlichung der bisher geheimen Bundesratsprotokolle bekannt wurden.

Armin Müller, Arthur Rutishauser

Aktualisiert: 09.01.2022, 12:53

240 Kommentare



«Tiefe Feindschaft»: Christoph Blocher vor einem seiner Bilder in den Büroräumen seiner Firma Robinvest in Männedorf. Foto: Yvain Genevay (LMD)

Herr Blocher, seit einer Woche kann man die Protokolle des Bundesrats zum EWR-Beitritt lesen. Man sieht, dass der Vertrag in der Regierung extrem umstritten war. Teilweise meint man gar, es sei Blocher, der da sprach. Was war neu für Sie?

Nicht, dass der Bundesrat gespalten war, ist neu. Aber die damals negative Beurteilung durch die einzelnen Bundesräte ist völlig neu für mich.

Die europafreundlichen Bundesräte Felber und Cotti sprachen von Satellisierung der Schweiz, Villiger vom Kolonialstaat, genau wie Sie im Abstimmungskampf. Hat Sie das überrascht?

Ja. Dass gleich mehrere Bundesräte von der Kolonisierung und einer Satellisierung der Schweiz sprachen – Bundesrat Villiger sagte klar, der Vertrag führe die Schweiz in «eine Kolonie mit Autonomiestatus» –, war mir neu. Die Mehrheit hat also gewusst, dass das ein unannehmbare Vertrag ist. In der Öffentlichkeit sagten sie dann aber das Gegenteil.

Abo Bundesratsprotokolle veröffentlicht

«Wir bewegen uns auf dem Weg eines Kolonialstaates»

Sie haben im Abstimmungskampf gegen den EWR zum Teil die gleichen negativen Begriffe verwendet wie der Bundesrat in den internen Diskussionen. Wurden Sie mit Indiskretionen bedient?

Nein, nein! Um zu erkennen, dass es um einen Kolonialvertrag ging, genügte der gesunde Menschenverstand. Aber die gleiche Doppelzüngigkeit gab es auch in der Wissenschaft. Der Staatsrechtler Professor Daniel Thürer schrieb früh in der NZZ, der EWR-Vertrag trage «koloniale Züge», stritt später aber alles ab. Eine Kolonie ist ein Land, das von anderen Ländern bestimmt wird. Der EWR lagerte einen wichtigen Teil der schweizerischen Gesetzgebung an die EU aus: Fremde Gesetze und fremde Richter wären zu übernehmen gewesen. Leider war das auch wieder das Ziel des Rahmenabkommens.

In der Öffentlichkeit klang das dann ganz anders.

Ja, als ich den Kolonialvertrag beschrieb, galt ich als Demagoge, Populist, als Lügner, und an der Universität Freiburg hielt ich einen Vortrag, auf dessen Einladung stand: «C'est le diable, qui vient.»

Der Abstimmungskampf war heftig.

Jetzt, nachdem ich diese Protokolle gelesen habe, begreife ich die jahrelange Wut und tiefe Feindschaft mir gegenüber. Sie wussten, wir haben im Volk nicht nur recht bekommen, sondern auch recht gehabt. Und erst noch mit den Worten von Bundesräten. Auch der Bundesrat wusste im Grunde, dass man einen solchen Vertrag nicht unterzeichnen darf. Damals sagte ich spasshalber: «Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.» Heute sehe ich: Sie wussten es.

«Wenn ich jetzt die Voten aus dem Protokoll lese, dann scheint mir, es hätte im Bundesrat gar keine Mehrheit für den EWR-Vertrag gegeben.»

Der EWR wurde dem Volk damals als sehr vorteilhaft für die Schweiz verkauft. Heute, in Kenntnis der Protokolle: Hat der Bundesrat im Abstimmungskampf gelogen?

Zumindest nicht die Wahrheit gesagt. Aber gemäss Protokoll hat ja die Mehrheit der Bundesräte gegen den Vertrag gesprochen. Aber am Schluss des Protokolls steht, der Bundesrat habe dem Vertrag «per Konsens und ohne Abstimmung» zugestimmt.

Das ist doch klar, der Bundesrat hat im Oktober 1991 in Gerzensee die Zustimmung zum EWR beschlossen.

Die Mehrheit der Bundesräte sprach dagegen, aber im Protokoll steht, der Bundesrat habe beschlossen, per Konsens und ohne Abstimmung, Ja zum EWR zu sagen. Jetzt begreifen Sie, warum ich als Bundesrat stets eine Abstimmung verlangte. Man muss wissen, wer dafür und wer dagegen ist. Natürlich, wenn die Mehrheit etwas beschliesst, muss sich auch die Minderheit daranhalten, klar. Aber ohne Abstimmung ein Ergebnis zu deklarieren, geht nicht.

Warum?

Wer in der Mehrheit ist, trägt die Verantwortung. Das muss man ertragen. Die Minderheit muss in der Öffentlichkeit die Mehrheitsmeinung vertreten. Das ist Konkordanz, das muss so sein. Aber wenn ich jetzt die Voten aus dem Protokoll lese, dann scheint mir, es hätte im Bundesrat gar keine Mehrheit für den EWR-Vertrag gegeben.

Welche Lehre ziehen Sie aus den Protokollen?

Sie sollten uns die Augen öffnen. Wer in der Verantwortung steht, muss auch die Pflicht haben, klar Nein oder Ja zu sagen. Das ist Führung! Aber sie hatten nicht die Kraft. Wir müssen aufpassen, dass es in der Europapolitik nicht gleich läuft.

Immerhin, beim Rahmenabkommen hat der Bundesrat Nein gesagt.

Ja, das ist erfreulich. Nur: Auch er hat den Mut nicht aufgebracht, der EU klar zu sagen, dass wir keinen Kolonialvertrag – mit fremdem Gesetzgeber und fremden Richtern – unterschreiben können, weil so die Entscheidungsmacht der Schweizer Bürger ausgeschaltet wird. Bundespräsident Parmelin durfte das in Brüssel nicht sagen. Er musste den Rahmenvertrag beerdigen wegen Einzelfragen wie Lohnschutz und Bürgerrechtsrichtlinie etc. Damit werden wir in Zukunft wieder in die gleiche Bredouille kommen.

Wie soll es nun mit der EU weitergehen? Sie macht Druck. Was kann die Schweiz anbieten?

Den Status quo. Man muss den Druck aushalten.

Christoph Blocher

Infos einblenden

Sonntagszeitung

Dieser Text stammt aus der aktuellen Ausgabe. Jetzt alle Artikel im E-Paper der Sonntagszeitung lesen: [App für iOS](#) – [App für Android](#) – [Web-App](#)

Armin Müller ist seit 2018 Mitglied der Chefredaktion Tamedia. Von 2015 bis 2017 war er in verschiedenen Funktionen für die «Sonntagszeitung» tätig, von 2003 bis 2010 als stellvertretender Chefredaktor. [Mehr Infos](#)

@Armin_Muller

Arthur Rutishauser ist Chefredaktor der Redaktion Tamedia und der Sonntagszeitung. In dieser Funktion ist er Mitglied der Geschäftsleitung von Tamedia. Der promovierte Ökonom war ursprünglich Wirtschaftsredaktor. [Mehr Infos](#)

@rutishau

Publiziert: 08.01.2022, 23:06